

FDP/FW-Fraktion LWL | Freiherr-vom-Stein-Platz 1 | 48147 Münster

FDP/FW-Fraktion der  
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster

T: 0251 / 591-262

F: 0251 / 591-5337

[buero@fdp-fw-westfalen.de](mailto:buero@fdp-fw-westfalen.de)

[www.fdp-fw-westfalen.de](http://www.fdp-fw-westfalen.de)

 [www.facebook.com/fdp.fw.fraktion.lwl](https://www.facebook.com/fdp.fw.fraktion.lwl)

## **Wortbeitrag der FDP/FW-Fraktion der Landschaftsversammlung zur Beratung des Haushaltes 2015 in der Sitzung am 5. Februar 2015**

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dieter Gebhard,  
sehr geehrter Herr Direktor Matthias Löb,  
sehr geehrte Damen und Herren,

als Sprecher der Freien Demokraten und Freien Wähler in der Landschaftsversammlung erkläre ich,  
dass wir dem Haushalt für das neue Jahr zustimmen.

Damit stellen wir uns grundsätzlich hinter die in 2015 vorgesehenen Dienstleistungen und Projekte in allen Bereichen des LWL, hinter die baulichen Investitionen und Fördermaßnahmen – ob in der Behindertenhilfe, der Psychiatrie, der Jugendhilfe oder in der Kulturpflege. Die verantwortlichen Dezernentinnen und Dezernenten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ganz Westfalen-Lippe können sich auf die Wertschätzung und Unterstützung durch unsere FDP/FW-Fraktion verlassen.

Mit unseren Stimmen tragen wir einen Umlagesatz von 16,5 Prozent mit. Eine breite Mehrheit in dieser Landschaftsversammlung erkennt die finanziellen Nöte unserer Mitgliedskreise und –städte und schöpft eben mit diesem Umlagesatz genau nur so viel Geld in den Kreishäusern und Rathäusern ab, wie dies unbedingt für eine auskömmliche Finanzierung des LWL und seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

Der LWL schöpft damit nur einen Teil der sogenannten „Übergangsmilliarde“ ab, die der Bund den Städten und Gemeinden zur Entlastung von Kosten der Eingliederungshilfe gewährt. Für Westfalen-Lippe sind dies ja 107 Millionen Euro. Wir stellen fest, dass durch diese Umlagekalkulation sogar ein größerer Teil der „Übergangsmilliarde“ bei den Städten, Gemeinden und Kreisen verbleibt. Möglich wird dies, in dem der Landschaftsverband seine Ausgleichsrücklage weiter in Anspruch nimmt und damit planmäßig seine Verschuldung noch einmal leicht erhöht. Jedem dürfte klar sein, das ist alles nicht die reine Lehre, entspricht aber einer fairen Lastenverteilung zwischen den Ebenen in der kommunalen Familie. Gleichzeitig wird der Verwaltung aufgegeben, im Vollzug des Haushaltes Einsparungen zu erzielen.

16,5 Prozent – eine Lösung für dieses Jahr. Dass schon heute absehbar ist, wie die Umlage in den nächsten Jahren weiter steigen muss, da sind wir ganz bei LWL-Direktor Matthias Löb, der sorgenvoll und öffentlich mahnt. Es wäre wichtig, hierüber und über die geforderten Einsparungen im Haushaltsvollzug bald Klarheit in der Finanzplanung zu schaffen.

Als neu gewählte Mitglieder stehen wir alle am Beginn einer 6 Jahre währenden Wahlzeit dieser Landschaftsversammlung. Viel Zeit, um den großen LWL-Tanker auszurichten und die Fahrtstrecke neu zu berechnen. Denn anders als die Besatzung eines berühmten, vermeintlich unsinkbaren Kreuzfahrtschiffes vermögen wir so manchen gefährlichen, existenzbedrohenden Eisberg am Horizont zu erkennen. Noch bleibt also Gelegenheit zu manövrieren und Risiken zu umschiffen. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, für die westfälischen Kommunen und letztlich auch unseren Verband selbst.

Daher einige grundsätzliche Bemerkungen:

1. mit seiner hohen internen und externen Verschuldung von rund 631 Millionen Euro ist unser Verband abhängig von seinen Geldgebern, besonders den Banken. In einer Zeit des billigen Geldes ist dieses kaum spürbar. Nach ersten Signalen aus den Vereinigten Staaten ist auch in Europa noch in diesem Jahrzehnt wieder mit einem steigenden Zinstrend zu rechnen. Dann wird es für den LWL richtig teuer, wenn er für seine Schulden eine Anschlussfinanzierung vereinbaren muss. Wir sollten daher über eine Strategie nachdenken, wie wir den Verband zumindestens teilweise systematisch entschulden. Hierfür braucht es eine überparteiliche Vereinbarung und einen Grundsatz-Beschluss über einen Schuldenstopp, der nachhaltig wirkt. Und ein Konzept, wie ohne Inanspruchnahme von Umlagebeiträgen unserer Mitgliedskommunen auf kommunalaufsichtsrechtlich zulässigem Wege Einnahmen erzielt werden, die zum Abbau von Altschulden dienen können.

2. zu den Unternehmensbeteiligungen. Hier sehen wir bei der Provinzial-Versicherung und bei der RWE unterschiedliche Entwicklungen. Die Provinzial verzeichnet im Marktumfeld eine gute Geschäftsentwicklung und überweist in jüngster Zeit hohe Ausschüttungen an ihre Eigentümer. Mit einem ansehnlichen Wachstum bei den Beitragseinnahmen bekommt die Provinzial ihr Kostenproblem zunehmend in den Griff. Die aktuelle Eigenkapital-Rendite ist ordentlich, obwohl eine hohe Zahl an Schadensfällen infolge des Gewittersturms "Ela" zu Pfingsten und des sommerlichen Starkregens im Münsterland reguliert werden musste. Die Provinzial spielt als öffentliche Säule in der Versicherungswirtschaft Westfalens nachwievor eine große Rolle. Im Kommunalgeschäft, bei der Versicherung von Betrieben, Höfen, Wohngebäuden und Kraftfahrzeugen. Anders sieht es bei der RWE aus, die nur in Teilen Westfalens bedeutsam ist. Der Kurs ging in die Knie, liegt aber noch oberhalb des Buchwertes beim LWL, als Dividende ist weiterhin allenfalls ein Euro je Aktie zu erwarten. Ein kommunaler Einfluss auf Entscheidungen des RWE-Vorstandes ist in letzter Zeit nicht mehr erkennbar. Seit der Abschaffung der 20-fachen Stimmrechte für kommunale Aktionäre, die damals noch eine Stimmen-Mehrheit sicherten, geht der Einfluss ohnehin beständig zurück. Heute hat die RWE AG massive wirtschaftliche Probleme und kann keine Rücksicht mehr auf die Minderheit ihrer kommunalen Miteigentümer mehr nehmen. Hier stellt sich uns die Frage, ob eine Beteiligung des LWL auf Dauer noch in einem Verhältnis zum wirtschaftlichen Risiko als Miteigentümer steht und gegenüber den Kommunen in ganz Westfalen politisch vertretbar ist. Mit Rücksicht auf die wenigen anderen verbliebenen kommunalen Aktionären sollte mit diesen hierüber eine gemeinsame, konzertierte Vorgehensweise abgestimmt werden.

3. zur Ehrenamtlichkeit. In den Kultureinrichtungen, den Kliniken und in den mit uns in Verbindung stehenden sozialen Einrichtungen sind viele Mitbürger als Freiwillige persönlich engagiert. Müssen Leistungen an Menschen mit Behinderung stets von einer Fachkraft erbracht werden? Nein, sagt dazu unser LWL-Direktor und verweist auf die positiven Erfahrungen mit Ehrenamtlichen in der Altenhilfe. Wir sind da ganz an seiner Seite und begrüßen die Diskussion, die durchaus auf positive Resonanz in der Öffentlichkeit gestoßen ist. Beispielsweise kommentierte die Neue Westfälische Zeitung: "es ist ein allgemeines Umdenken notwendig. Für einen sparsameren Einsatz öffentlicher

Mittel könnten wir sorgen, wenn wir uns ehrenamtlich mehr engagieren. Inklusion ist nicht nur etwas für Experten. Sie geht uns alle an."

Wir bauen für eine inklusive Gesellschaft vor allem auf die wachsende Zahl an Ruheständlern, die körperlich noch fit ist. Der demografische Wandel hier mal nicht als Problem, sondern Chance für mehr freiwilligen Einsatz zugunsten von Menschen mit Behinderungen.

Zu unseren kulturellen und baulichen Großprojekten beim LWL:  
Der Neubau des mit großem Erfolg eröffneten Museums für Kunst und Kultur ist im Kostenrahmen geblieben.

Auch das neue 216-Betten-Haus in der Klinik Dortmund liegt im Zeit- und Kostenrahmen.  
Im Krankenhausbereich stehen nun neben der Umsetzung des priorisierten Bauprogramms weitere Sanierungen an.

Dass wir überhaupt beim Bauen offenbar das richtige Gleichgewicht aus Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit gefunden haben, beweist unseres Erachtens das energiepolitische Konzept und die Auszeichnung mit dem DENA-Preis für das Energiedatenmanagement.

Bei der hier seit drei Jahren besprochenen Sanierung und Attraktivitätssteigerung am Kaiser-Wilhelm-Denkmal muss in diesem Jahr der Durchbruch gelingen. Entscheidend wird sein, an Fördermittel des Bundes für dieses Projekt von nationalem Rang zu kommen, dass ohne Zweifel von größtem Interesse in der Region ist.

In diesem Jahr feiern wir 200 Jahre Westfalen. Ein guter Zeitpunkt, um endlich eine Lösung für das in der alten Festungs- und Garnisonsstadt Minden befindliche Preußenmuseum zu beschließen. Denn die prägende Kraft Preußens kann an vielen Orten in Westfalen abgelesen werden. Für dieses Netz preußischer Erinnerungsorte braucht es einen Knotenpunkt, eine zentrale Darstellung. Nach langen, intensiven Gesprächen mit der Landesregierung und den örtlichen Kommunen steht der Gründung einer eigenständigen Träger-Stiftung und der Übernahme der Verantwortung für das Museum nichts mehr ernsthaft im Wege. Eine entsprechende Lösung wollen wir im Kulturausschuss in wenigen Tagen am 11. Februar mittragen. Nach über einem Jahr Schließung wollen wir die Türen für interessierte große und kleine Besucherinnen und Besucher möglichst bald wieder weit öffnen. Auch für die kulturell wichtige Erinnerung und Darstellung der Persönlichkeit und des Schaffens des Freiherrn-vom-Stein auf Schloss Cappenberg deutet sich jetzt eine Lösung an. Westfalen und der LWL haben dem großen Reformator und Begründer der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung ja viel zu verdanken. Vor wenigen Jahren stand noch der Vorschlag im Raume, die entsprechende Ausstellung auf Schloss Cappenberg abzubauen und nach Münster zu holen. Sicher hätte der Freiherr vom Stein hier im großen Landesmuseum eher ein Schattendasein unter fernem Liefen gefristet. Wir Freie Demokraten und Freie Wähler haben damals schon erkannt und klar vertreten, dass die Ausstellung dort bleiben soll, wo die Menschen den Zugang zu dieser bedeutenden Persönlichkeit suchen. Eben auf Schloss Cappenberg, dem Lebens- und Erinnerungsort. Wir sind den beiden Landesrätinnen Barbara Rüschoff-Thale und Judith Pirscher dankbar, die in einem guten Zusammenspiel für den nötigen Durchbruch in den Verhandlungen gesorgt haben. Der Freiherr-vom-Stein kann künftig weiter auf Schloss Cappenberg, aber zu für den LWL als Mieter deutlich günstigeren Bedingungen erlebt und verstanden werden. Dem neuen Vertrag, der zum 1. Januar 2016 für 20 Jahre wirksam werden wird, stimmen wir zu. Wenn die vorbereitenden Arbeiten planmäßig gelingen, kann die Ausstellung im Frühjahr 2017 neu eröffnet werden.

In unseren Augen sind die genannten großen kulturpflegerischen Investitionen, aber auch die zahlreichen kleinen Fördermaßnahmen und Projekte der LWL-Kultur gesellschaftlich so wertvoll. Geschichte, Identität, Persönlichkeiten und Werte bleiben so lebendig und sind für unsere heutigen Menschen zugänglich. Der LWL macht sich um die kulturelle Bildung und das Weltverständnis von Groß und Klein verdient, fördert damit auch die Persönlichkeitsentwicklung, die Reflektionsfähigkeit und freie Entfaltung jedes Einzelnen.

Das macht auch widerstandsfähiger gegen jede Art von radikalen, menschenverachtenden Weltanschauungen. Und damit bin ich bei einem letzten Gedanken zur künftigen Ausrichtung des Landesjugendamts. Ich wende mich da im Namen meiner Fraktion gezielt an die neue Landesrätin Birgit Westers.

Es wird in Zukunft nicht genügen, ich überspitze jetzt bewusst, vor Ort in den Kommunen die üblichen Modellprojekte "gegen Rechts" zu fahren, Streitschlichter an Schulen auszubilden oder das x-te Seminar zu parlamentarischer Demokratie zu veranstalten. Alles gut, schön und wichtig. Aber wer Kindern und ihren Familien helfen will, der muss sich auch anderen Problemen und gesellschaftlichen Entwicklungen mehr denn je stellen: dass es bei einem Teil der heutigen Erwachsenengeneration an menschlicher Einfühlsamkeit, Hinwendung zu den eigenen Kindern, an höflichen Umgangsformen fehlt. Dass Drogen, ungehemmter Medienkonsum und soziale Verrohung Familien zerstören und dadurch Kinder vernachlässigt oder -schlimmer noch- Gewalt ausgesetzt sind. Dass übersteigerte Konsumorientierung oder die verhängnisvolle Faszination religiösen Fanatismus den Blick darauf verstellen, worauf es im Leben wirklich ankommt und wofür es sich zu leben lohnt. Das Landesjugendamt kann und sollte hier mit seinen Fachleuten den örtlichen Jugend- und Familienhelfern beistehen und eine Stütze sein, wenn es gilt, nicht bloß gesellschaftspolitischen Modethemen hinterher zu laufen, sondern die vorhandenen Ressourcen noch stärker auf andere gesellschaftliche Herausforderungen zu konzentrieren und sich diesen wirksamer zu stellen. Wir möchten mit Ihnen, sehr geehrte Frau Westers, darüber ins Gespräch kommen.

Abschließend danke ich der Kämmerei und der gesamten Verwaltung für die vorgelegte Haushaltsplanung und Ihnen, meine sehr geehrte Damen und Herren, für die große Aufmerksamkeit.

Stephen Paul  
Fraktionsvorsitzender